

Strategischer Einsatz der Solidarwirtschaft in neoliberalen Umfeld

- Profitminimierung statt Profitmaximierung -

Wolfgang Fabricius

Stand: 20.04.2007

1. Vorbemerkung:

Um erfolgreich Gegenkräfte gegen die ökonomischen Verhältnisse einer globalen Gesellschaft entfalten zu können, ist eine hinreichend exakte Analyse der Triebkräfte dieser ökonomischen Verhältnisse erforderlich.

2. Selbst der dritte Band des Kapitals wurde von Karl Marx bereits 1865 geschrieben, aber erst 1894 von Friedrich Engels herausgegeben. Zur Börse wird dort in „Ergänzung und Nachtrag zum III. Buche des 'Kapital'“, einem Fragment von Friedrich Engels, das erst nach dessen Tod veröffentlicht wird, ausgeführt: „ . . . seit 1865, wo das Buch [3. Band des Kapitals] verfasst [wurde], [ist] eine Veränderung eingetreten, die der Börse heute eine um ein Bedeutendes gesteigerte und noch stets wachsende Rolle zuweist und bei der ferneren Entwicklung die Tendenz hat, die gesamte Produktion, industrielle wie agrarische, und den gesamten Verkehr, Kommunikationsmittel wie Austauschfunktion, in den Händen von Börsianern zu konzentrieren, so dass die Börse die hervorragendste Vertreterin der kapitalistischen Produktion selbst wird.“

Waren die ökonomischen Antagonisten des Kapitalismus also zu Marxs Zeiten noch Produzent und Konsument so sind in der Zwischenzeit, forciert noch durch die Globalisierung, die Antagonisten jetzt Anleger und Konsument. Und Anleger ist nicht mehr nur der Großkapitalist, sondern auch der auf „Riester-Rente“ sparende und darin vom Staat geförderte Erwerbstätige. Jeder Bürger kann somit Anleger, Erwerbstätiger und Verbraucher sowie alles drei in einer Person sein.

Während der Bürger als Anleger danach strebt, die höchste Rendite zu erhalten, was er heute leistungslos immer perfekter durch die global operierenden Fonds erreicht, ist der Verbraucher überhaupt nicht daran interessiert, mit den Preisen der Produkte, insbesondere der Daseinsvorsorge und seiner alltäglichen Reproduktion, neben der in ihnen steckenden Arbeitskraft auch noch leistungsloses Einkommen zu finanzieren. Der Erwerbstätige hat allerdings, quasi als Spielball des Kapitals, letztendlich grundsätzlich nichts gegen Fremdkapital einzuwenden, wenn es um die Erhaltung seines Arbeitsplatzes geht; die Gewerkschaften, als sein Vertreter, deshalb notgedrungen auch nichts.

Insofern ist der Konsument der einzige nachhaltige Garant gegen den Einsatz von Fremdkapital in der Sphäre der Daseinsvorsorge. Nur er wird konsequent die Profite aus der Produktions-/Reproduktionskette eliminieren wollen und können, wenn ihm

die langfristigen Konsequenzen der Profite für Mensch und Natur bekannt sind.

Als bevorzugte Strategie soll hier die „Dritte Säule der Arbeiterbewegung“, eine aus dem vorletzten Jahrhundert stammende und bis zum Dritten Reich sehr erfolgreiche Strategie der wirtschaftlichen Selbsthilfe reaktiviert werden. Sie ermöglicht, den Kapitalismus friedlich durch Kooperation statt Konkurrenz – möglichst aus dem Kiez heraus – mindestens für die Daseinsvorsorge wesentlich einzuschränken. Wie das im einzelnen laufen kann und welche zusätzlichen Strategien sinnvoll sind, ist Inhalt dieser Ausführungen.

Im Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland steht: „Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus“. Das Volk ist der Souverän, aber seine Vertreter, die Politiker, tanzen ihm auf der Nase herum. Immer häufiger ist deshalb zu hören: Der Staat hat statt des Dienstes am Bürger nur noch den Dienst am Aktionär im Auge oder der Staat hat das Gemeinwohl gegen die Rendite vertauscht. Es wird von der Verhöhnung des Souveräns gesprochen. Der Staat wurde nach Franz Oppenheimer, dem Doktorvater von Ludwig Erhard, aber schon immer von den Besitzenden und Herrschenden dazu missbraucht, die Besitzlosen besitzlos zu halten und für sich arbeiten zu lassen.

Wenn alle Staatsgewalt vom Volke ausgehen soll, letztendlich das Volk die Verantwortung dafür trägt, was in seinem Namen geschieht, reicht es nicht, alle 4 Jahre in Hinterzimmern der Parteien ausgekugelte Kandidaten zu wählen, sondern es bedarf häufiger zwischenzeitlicher Kontrollen der Volksvertreter durch den Souverän. Der Staat müsste also vergesellschaftet werden. Diese Vergesellschaftung könnte friedlich auf wenigstens zwei Wegen, die sich ergänzen sollten, geschehen:

1. politisch durch die Einführung einer wirksamen Volksgesetzgebung, d. h. Gesetze und wesentliche Entscheidungen müssen dem Souverän zur Zustimmung vorgelegt werden und
2. ökonomisch über kooperative Einrichtungen und eine Solidarwirtschaft, die ganz vorwiegend den Profiteuren bzw. ihren Vasallen, den fremdbestimmten Vertretern des Souveräns die Verfügungsgewalt zumindest über die Einrichtungen der Daseinsvorsorge entziehen.

Dass die Solidarwirtschaft und speziell Genossenschaften im „Nachkriegsdeutschland“ häufig gescheitert sind und zu einer tiefen Vertrauenskrise in sie führten, muss genauestens untersucht werden, um zu verstehen, warum die Genossenschaften bis zum Dritten Reich zu ihrer großen Blüte aufsteigen konnten. Zunächst ist der Anteil zu untersuchen, der auf das neoliberale Umfeld zurückzuführen ist und zusätzlich der Anteil, der von den Genossenschaften - trotz der umfangreichen historischen Erfahrungen - selbst falsch gemacht wurde.

Um dem Neoliberalismus mit Solidarwirtschaft wirkungsvoll begegnen zu können, müssen zunächst die ureigensten Motive der neoliberalen Protagonisten im Detail

verstanden werden. Hier deshalb der Versuch einer Deutung. Urbegriff ihres Denkens und Handelns, der uns allen erfolgreich eingehämmert wurde, ist die Konkurrenz und die mit ihr einhergehende Profitmaximierung auf der persönlichen, gesellschaftlichen und globalen Ebene. Widersprüchlich ist allerdings hierbei bereits, dass diese Konkurrenz nur „außerbetrieblich“ gilt. „Innerbetrieblich“ soll dagegen optimal kooperiert werden. Eine wesentliche Strategie, das Gegenteil der Profitmaximierung, eine Profitminimierung zu erreichen, könnte deshalb bereits darin bestehen, nicht nur innerbetrieblich, sondern auch außerbetrieblich – als Verbraucher - zu kooperieren.

Solidarische Ökonomie führt zu horizontalen, eigentlich demokratischen Strukturen, die sich in sozialistischen wie kapitalistischen hierarchischen Systemen nur sehr zielgerichtet entfalten lassen.

Nationalstaaten: Weite Teile der heutigen Linken sind Etatisten oder bestenfalls Keynesianer. Sie meinen, trotz globalisierter Finanzmärkte und der von diesen abhängigen Nationalstaaten, diese über immanente Instrumentarien reformieren zu können.

3. Wertschöpfungskette: Marx stellt im dritten Band des Kapitals die Formel:

$$W = c + v + m$$

vor. Der Wert jeder kapitalistisch produzierten Ware (W) setzt sich zusammen aus Produktionsstoffen und Verschleiß (c), Arbeitskraft (v) und Mehrwert (m).

Genauer betrachtet stellt aber der untersten Ebene c den Rohstoff z.B den Boden in der Landwirtschaft etc. dar. Eingesetzt wird auf jeder Ebene nur Arbeitskraft, von der allerdings jeweils der Mehrwert abgezogen wird. Vom Anfang bis zum Ende der Wertschöpfungskette streitet sich also der Anleger (m) – weil er angeblich c geliefert habe - mit dem Arbeitnehmer (v) um den Anteil am Arbeitsergebnis und der Konsument (W) muss beide finanzieren.

Um dieses Dilemma aufzubrechen ist es erforderlich die Kraft des Produzenten um die Kraft des Konsumenten zu ergänzen, damit die Anleger – zumindest aus der alltäglichen Grundversorgung - ausreichend zurückgedrängt werden können.

4. Gliederung: Die vorliegende Präsentation gliedert sich in drei Bereiche:

- Darstellung und Wertung des neoliberalen Umfelds.
- Grundzüge der Solidarwirtschaft.
- Beispiele im In- und Ausland.

Neoliberales Umfeld: Um richtig einschätzen zu können, welche Konzepte eine Lösung unserer Grundversorgungsprobleme bewirken können, müssen einige Grundprinzipien sowohl der neoliberalen als auch der Solidarwirtschaft vorangestellt

werden.

Susan George: „Für die Neoliberalen ergibt sich die Freiheit des Individuums keineswegs aus der politischen Demokratie oder den vom Staat garantierten Rechten: Frei sein bedeutet im Gegenteil Freiheit von jeglichem staatlichen Einfluß. Der Staat muß sich damit begnügen, die Rahmenbedingungen für das freie Spiel des Marktes zu sichern. Unverzichtbare Grundvoraussetzung ist das Privateigentum an allen Produktionsmitteln und folglich die Privatisierung aller staatlichen Betriebe. Man geht davon aus, daß der Markt für die optimale Verteilung von Ressourcen, Investitionen und Arbeitskraft sorgt. Die staatliche Fürsorge für sozial benachteiligte Gruppen soll weitgehend durch Eigeninitiative und private Wohlfahrtseinrichtungen abgelöst werden, damit der einzelne sein Schicksal wieder ganz in die eigenen Hände nimmt.“

Der Neoliberalismus fußt hauptsächlich auf dem Irrtum von Adam Smith, der ohne es irgendwie zu belegen, behauptet hat, dass die Konkurrenz der Egoisten über die unsichtbare Hand des Marktes zu einem positiven Ausgleich für alle führt. Neuere Erkenntnisse belegen aber, dass die Menschheit nicht über Konkurrenz, sondern nur über die Bereitschaft zur Kooperation überleben konnte. Nach 60 Jahren Neoliberalismus ist damit das Eigentum so weitgehend umverteilt, dass die Kaufkraft selbst des Mittelstandes zu kollabieren beginnt.

Der profitmaximierende Markt hat sich mit Hilfe des Staats nicht nur in die Breite sondern auch immer weiter in das Individuum hinein vorgearbeitet um immer intimere Bereiche kommerziell verwerten zu können. Aus diesen Bereichen muss er in umgekehrter Form wieder verdrängt werden.

Die Nationalstaaten werden von den Plutokraten der globalisierten Märkte erpresst. Sie wurden von den nationalen Politikern und ihren Beratern zu Betrieben degradiert, die zu Schleuderpreisen für den Weltmarkt produzieren. Ein zusätzliches Problem sind die Berater: Die deutschen Politiker lassen sich vorwiegend von Betriebswirten wie Hans Olaf Henkel und Heinrich von Pierer beraten. Volkswirtschaftliche Aspekte, wie Reproduktion der Bürger und Lebensqualität, wurden zur Nebensache abgewertet. Das auf über 2 Billionen Euro angewachsene Bruttoinlandsprodukt kann kaum noch abgesetzt werden. Der Neoliberalismus hat damit sein Endstadium erreicht.

Was können die Bürger tun, um die Macht dieses Systems zu brechen? Ein falsches Konzept, das Assymetrien fördert, ist nicht zu korrigieren, es muss durch ein anderes Konzept abgelöst werden: Also z.B. Kooperation statt Konkurrenz.

Da der Neoliberalismus ist in erster Linie ein ökonomisches Projekt der globalen Profitmaximierung ist, kann er nicht allein durch soziale Konzepte überwunden

werden. Gegenstrategien müssen auf den Kernprozess, die Profitmaximierung, gerichtet sein. Die zentrale Gegenstrategie, die Profitminimierung¹, muss theoretisch und praktisch entfaltet werden, um die Profitmaximierung schrittweise aber konsequent ablösen zu können.

Solidarwirtschaft: Die deutsche (und auch internationale) Linke meint – trotz 150 Jahren Arbeitskampf, der weder Minijobs, noch Ich-AG, noch Hartz-IV verhindert hat – an einer gewaltsamen Veränderung der Gesellschaft, einer Revolution, nicht vorbeizukommen. Eine alternative Ökonomie bzw. Übergangsökonomie soll wohl deshalb erst nach dieser Revolution entfaltet werden (Die grotesken Hilferufe Lenins 1923 in der Prawda werden ignoriert). Das vorliegende Konzept will die heutigen Chancen eines kontinuierlichen Übergangs von der vertikalen zu einer horizontalen Struktur des Staates und der Gesellschaft darstellen.

Beispiele für alternative Baustellen sind FoodCoops, Erzeuger-Verbraucher-Gemeinschaften, Tauschringe, Genossenschaften, die General Public Licence (GPL) die der Freien Software, Wikipedia etc. zugrundeliegt, Umsonstläden, Grundeinkommen etc. Sie werden teils skizzenhaft, teils ausführlicher dargestellt.

5. **Krätke-Roth** schreiben im Vorwort zur Monographie von Bernhard Walpen „Die offenen Feinde und ihre Gesellschaft“: „*Die neokonservative und neoliberale Orthodoxie in allen gesellschaftlichen Bereichen hat zu einem gravierenden Terrain- und Niveauverlust der politischen Ökonomie in Deutschland geführt.*“ Die Gegner des Neoliberalismus wurden aus Universitäten und Medien weitgehend eliminiert und durch Befürworter ersetzt.

6. Informationsgesellschaft:

1870 machten hauptsächlich die Abitur, die nicht in den Schützengräben landen wollten. Heute haben wir einen Qualifikationsgrad erreicht, der Kriege überflüssig machen sollte.

Je besser die Bürger eines Landes ausgebildet sind, desto geringere Chancen dürften langfristig autoritäre, hierarchische Gesellschaftssysteme haben. Diese Bürger werden auch im ökonomischen Bereich bevorzugt autonome kooperative Strukturen errichten und sich als selbstbewussterer Souverän gegenüber ihren Vertretern, den Politikern, z.B. über entsprechende Volksentscheide und Referenden, besser durchsetzen.

Die Einsicht, dass Kooperation produktiver und innovativer als Konkurrenz ist, dürfte solidarwirtschaftlichen Konzepten, die Profiteuren keinen Einlass gewähren, den Vorzug geben. Den Menschen würde der Wert ihrer Arbeitskraft wieder bewusst

1 Im Oktober 2004 antwortet Google auf die Frage nach Profitminimierung: „Meinten Sie: *Profitmaximierung*“: Google vermutete einen Schreibfehler, weil nur drei dürftige Hinweise existierten.

werden. Sie wären in der Lage, ihre Arbeitskraft gemeinschaftlich zu nutzen und sich für ihren Einsatz verantwortlich zu fühlen.

Dass das Bewusstsein der Bürger hinsichtlich Staatskritik und politischer Ökonomie auf dem Niveau von 1870 stehengeblieben zu sein scheint, kann als Versäumnis unserer Schulen und Universitäten angesehen werden, die immer ausschließlicher neoliberales Gedankengut produziert und reproduziert haben.

7. Aristoteles 1: Bereits die Antike beschäftigte sich mit der fatalen Auswirkung des Zinseszinses auf Gesellschaft und Natur. Besonders dramatisch kann dies am sogenannten Josephspfennig deutlich gemacht werden: wenn Jesus Vater Joseph für ihn 1 Cent auf einer Bank angelegt hatte, wären das heute bei einer Verzinsung von 5% 32 Sextilliarden Euro, eine Zahl mit 40 Nullen.

Es darf dabei aber nicht übersehen werden, dass der Zins nicht das einzige Umverteilungsinstrument unseres Wirtschaftssystems ist.

8. Friedrich Alexander von Hayek: Die Neoliberalen gehen davon aus, dass auf unserem Globus nicht alle Menschen ernährt werden können und vertreten offensichtlich die Auffassung, dass zum Überleben einer Elite, zu der sie sich wohl selbst zählen, auf einen Teil der Erdbevölkerung verzichtet werden muss.

9. Die Mont-Pelerin-Society (MPS) ist eine von Alexander Friedrich von Hayek konzipierte und initiierte weltweite Organisation. Sie wurde 1947 in Mont Pelerin, einem Schweizer Gebirgsort, als Verein gegründet, der in den USA eingetragen ist. Er hat inzwischen über 1000 Mitglieder (Frauenanteil: 5%) und verfügt über 100 systematisch über den Erdball verteilte Think Tanks, in denen „unseren Beratern“ und den Managern unserer Unternehmen und Medien neoliberales Gedankengut vermittelt wird. Diese Personen werden strategisch in möglichst allen entscheidungsrelevanten Institutionen positioniert (Medien, Universitäten, Wirtschaftsverbänden etc.). Seit den 70er Jahren wurden 8 Mitglieder der MPS mit Nobelpreisen ausgezeichnet (Friedrich August von Hayek 74, Milton Friedman 76, George J. Stigler 82, James M. Buchanan 86, Maurice Allais 88, Ronald H. Coase 91, Gary S. Becker 92 und Venon L. Smith 2002). Als v. Hayek als damaliger Berater von Pinochet seinen Nobelpreis erhielt, hat der Schwede Gunnar Myrdal seinen Nobelpreis empört zurückgegeben.

Susan George hat 1996 in Le Monde Diplomatique die Linke erstmals auf die MPS aufmerksam gemacht und ausgeführt: *„Seit den sechziger Jahren sind die Neoliberalen nicht mehr wirklich marginal. Zahlreiche amerikanische Familienstiftungen begannen, sie zu unterstützen, und finanzieren seither ihre Institutionen.“* Unter diesen Geldgebern befinden sich auch solche, die vor 1933

Hitler finanziert haben.

Selbst Giscard d'Estaing, Vorsitzender des Konvents zur Konzeption einer Europäischen Verfassung, ist MPS-Mitglied.

Walpen hat in seiner Monographie: „Die offenen Feinde und ihre Gesellschaft“ die strategische Entfaltung der MPS im Detail beschrieben.

10. **Die Berater:** Der Spiegel führt dazu in Heft 2/2007 aus: „Nach den geltenden Gesetzen kann niemand einem ausgeschiedenen Abgeordneten verbieten, in der gleichen Branche anzuheuern, für die er zuvor die Paragraphen gemacht hat.“ Ein Abgeordneter sollte also schon zu Zeiten seines aktiven Politikerlebens an sein Leben danach denken. „Selbst Verfassungsgerichtspräsident Papier sah sich deshalb unlängst gezwungen, von einer neuen Qualität der Einflussnahme zu warnen. Die Lobbyisten, so Papier, entwickelten sich zu einer ' fünften Gewalt' im Staate.“
11. **Detmar Doering**, Leiter der Friedrich Naumann Stiftung in Potsdam, seit 1996 Mitglied der Mont-Pelerin-Society, meint, es könne Arbeit könne es nur geben, wenn Kapital vorhanden ist, und nur Kapital schaffe Arbeit.
12. **Erik Nölting**, Mitglied des Preußischen Reichstags und erster Wirtschaftsminister von Nordrhein-Westfalen, wies darauf hin, dass sowohl Adam Smith als auch Karl Marx vom Gegenteil ausgehen: Nur die Arbeitskraft des Menschen schafft wirtschaftliche Werte. Auch in allen Schöpfungsgeschichten existiert der Mensch vor dem Kapital.
13. **Wertschöpfungskette 2:** Detmar Doering Ansicht, Arbeit gibt es nur da, wo Kapital ist, kann also nicht stimmen, denn alles Kapital entstammt früherer Arbeit, der Mehrwert entzogen wurde.
14. **Drucker:** Der ehrliche Manager will Schuhe herstellen und nicht Profite erwirtschaften.
15. Die **Shareholder-Value-Theorie** propagiert das Gegenteil: Was produziert wird, ist völlig gleichgültig, allein der Profit ist maßgebend.
16. **Gabor Steingart** formuliert in Spiegel-online den gleichen Sachverhalt etwas moderater.
17. **Finanzströme:** Im Laufe der Jahrzehnte (auch 60 Jahre Frieden haben ihren Preis!) haben sich auch in Deutschland insbesondere in Fonds immense Kapitalien angehäuft, für die weltweit nach rentablen Anlagemöglichkeiten gesucht wird. Die

Nationalstaaten sind machtlos, weil jede Senkung der Rentabilität ihres Wirtschaftssystems zum Abfließen von Kapitalien in andere Wirtschaftsräume des Globus führt. Sie stehen deshalb in bedingloser Konkurrenz zueinander.

18.Standortfaktoren

Im *manager magazin* vom 23.04.2004 durchleuchtet Standortberater Henner Lüttich den neuen europäischen Binnenmarkt in den 25 Ländern Europas.

Die Methode: In die Analyse einbezogen wurden 1207 Regionen in den alten und neuen EU-Ländern. Hiervon ausgenommen sind lediglich die südlichen EU-Neulinge Malta und Zypern. Die Standortsuche wird auf regionaler Ebene durchgeführt. Diese Regionen entsprechen in Deutschland beispielsweise den Landkreisen und den kreisfreien Städten. Die Darstellung zeigt das Rechenmuster, das Lüttich für Standortfaktoren und -variablen angewendet hat.

19.Topstandorte für Klassische Industrie: Die Regionen sind nach den Anforderungen, die ein typisierter klassischer Industriebetrieb an einen Standort stellt, gewichtet.

20.Topstandorte für Hochtechnologie: Die Regionen sind nach den Anforderungen, die ein typisierter Hochtechnologiebetrieb an einen Standort stellt, gewichtet.

21.Topstandorte für Dienstleistung: Die Regionen sind nach den Anforderungen, die Anbieter einfacher Dienstleistungen an einen Standort stellen, gewichtet.

22.Hartz IV: Es ist ein Skandal, wenn sich unsere Politiker mit der Intensität, wie wir es gegenwärtig erleben, mit den 1,1% des BIP befassen, die die Hartz IV-Empfänger betrifft, und damit die Verwendung der restlichen 98,9% des BIP vernachlässigen.

23.Umverteilen: Die Bewohner unserer Republik lassen sich einmal in Besitzende und Besitzlose und zusätzlich in Beschäftigte und Arbeitslose aufteilen. Die 5 Millionen Hartz-IV-Empfänger erhalten als Arbeits- und Besitzlose mit 25 Mrd. Euro nicht mehr als 1% des BIP. Die arbeitslosen Besitzenden – die, die von ihrem Besitz leben können – erhalten dagegen 35% des BIP, also das 30-fache. Die beschäftigten Besitzenden (die mittleren 40% nach dem Armuts-, Reichtumsbericht?) geben den arbeitslosen Besitzenden vermutlich ebensoviel wie sie von den besitzlosen Beschäftigten erhalten. Schlecht sieht es für die besitzlosen Beschäftigten aus, die sowohl die arbeitslosen Besitzlosen als auch die arbeitslosen Besitzenden finanzieren müssen. Sie sollen sich aber nur über die arbeitslosen Besitzlosen aufregen, die noch den geringsten Teil ihrer Arbeitserträge schlucken.

24.Petschow hat die Nettoverteilung des BIP in Form einer Einnahmenüberschuss-

rechnung ermittelt. Er zeigt, dass die Kapitalerträge von 1970 bis 2002 von 25 auf 560 Mrd. Euro angestiegen sind, was einer mittleren Wachstumsrate von 10,2% pro Jahr entspricht. Entsprechend mussten andere Bereiche wie Staat und Erwerbstätige Verluste hinnehmen. So verfügte der Staat 1970 noch über 9,2% des BIP, 2002 aber nur noch über 2,3%. In wenigen Jahren dürfte diese Entwicklung den Staat vollkommen abgewürgt haben. Die Zahl der Arbeitslosen ist im gleichen Zeitraum von 149.000 auf 5 Millionen angewachsen. Diese Entwicklung wirft die Frage auf, wie die weitere Entwicklung aussieht, insbesondere da die Kapitalerträge offensichtlich exponential anwachsen.

25.1970: Einzelheiten der Berechnung

26.2002: Einzelheiten der Berechnung

27.Die nächsten 12 Jahre: Auf der Basis der Berechnungen von Dieter Petschow ergibt sich zwangsläufig diese fatale Perspektive.

28.Lineares Wirtschaftswachstum: In allen westlichen Industrienationen ist nach Horst Affheld ein lineares Wirtschaftswachstum zu verzeichnen. Die deutsche Wirtschaft wuchs z.B. mit im Mittel etwa 40 Mrd. Euro pro Jahr. Kommt also zu einem Baustein ein zweiter, sind das 100% Wachstum, im nächsten Jahr kommt zu 2 Bausteinen ein weiterer, das sind nur noch 50% Wachstum, im dritten 33%, im vierten 25% im 10. 10%, im 20. 5% und im 50 nur noch 2%.

Die Herstellung und Vermarktung von Produkten im Werte von über 2 Billionen Euro ist mit einigem Aufwand verbunden und lässt sich nicht beliebig steigern.

29.Wachstum und Geldvermögen: Um den Bürger zu veranlassen, das Wirtschaftswachstum von im Mittel 40 Mrd. Euro pro Jahr sowohl zusätzlich zu produzieren als auch zusätzlich zu konsumieren, war es erforderlich und über die Jahrzehnte der BRD hinweg erkenn- und erlebbar, über die Bedarfsdeckung hinaus eine Bedarfsweckung, eine Ex-und-Hopp-Produktion, die Externalisierung von Kosten, eine gezielte Verschuldung sowohl der Industrie über Fremdkapital als auch der Bürger über Ratenkauf, den Binnenmarkt anzuheizen und Exportüberschüsse etc. zu generieren.

30.Robert Kurz stellt den gleichen Sachverhalt folgendermaßen dar: der profitmaximierende Markt hat sich mit Hilfe des Staates immer weiter in das Individuum vorangeschoben, immer intimere Dienstleistungen kommerzialisiert, um Gewinne zu erzwingen. Als letzter und intimster Coup kann die Gesundheitskarte angesehen werden, mittels derer vertraulichste persönliche Daten über private Server verwaltet und zwischen den Gesundheitseinrichtungen ausgetauscht werden sollen.

31. Teilhälften: Versuch der Visualisierung des Textes von Robert Kurz.

32. Exponentielles Kapitalertragswachstum: Das Wachstum der Kapitalerträge verläuft im Gegensatz zum Wirtschaftswachstum weitgehend exponential. In Deutschland wuchsen und wachsen die Kapitalerträge im Mittel mit 10,2% pro Jahr, das heißt, sie verdoppeln sich etwa alle 7 Jahre. Von einem Betrag von etwa 3,5 Mrd. Euro im Jahr 1950 sind sie auf etwa 750 Mrd. Euro im Jahr 2006 angestiegen und machen jetzt etwa 35% des Bruttoinlandsproduktes (BIP) aus.

33. Sparda-Bank: Zum Vergleich sei der Unifonds der Sparda-Bank angeführt, der (nur) mit 9% Wachstum bei einer Einlage von 10.000 Euro im Jahre 1956 auf 753.000 Euro im Jahr 2006 angewachsen ist.

34. BfG: Selbst die Bank der Genossenschaften hat unter Walter Hesselbach dies Wansinn betrieben und so wohl auch Versorgungsmentalität erzeugt.

35. Nettokapitalrendite: Auch die vom DGB berechnete Nettokapitalrendite gibt Hinweise auf das Wachstum der Kapitalerträge. Der hier dürfte der Mittelwert bei etwa 10% liegen. Die Erwerbstätigen schufteten hier selbst im Namen der Solidarwirtschaft für die Kapitaleigner. So hat man die Solidarwirtschaft in der Bundesrepublik verkommen lassen.

Bemerkenswert ist die Absenkung der Rendite unter Brandt und Schmidt auf etwa die Höhe des damaligen Wirtschaftswachstums von etwa 6%, was gleichzeitig zur Anhebung der Lohnquote führte.

36. Lohnquote: An der Lohnquote lässt sich der Abstieg des Arbeitsvertrags relativ zum BIP in realer Form erkennen. Ein reziprokes Verhalten zur Kapitalrendite ist u.U. festzustellen.

37. Lineare versus exponentielles Wachstum: Kombiniert lassen die Kurve des linearen und des exponentiellen Wachstums vier Punkte erkennen:

1. Nullpunkt: Wirtschaftswachstum und Kapitalertrag sind noch nicht vorhanden.
2. Schnittpunkt beider Kurve: nach etwa 10 Jahren wächst der Kapitalertrag genauso Schnell wie die Wirtschaft.
3. Beide Kurven parallel verlaufen: der Kapitalertrag wächst real so schnell wie die Wirtschaft.
4. Zweiter Schnittpunkt: Fer Kapitalertrag beansprucht das gesamte BIP.

38. Kapitalertrag versus Arbeitsertrag: Exponentialfunktionen haben die fatale Eigenschaft, dass sie lineare Funktionen mehr mehrmals schneiden können. Bezogen

auf unser Land ist die Wirtschaft in den ersten Jahrzehnten nominal und real schneller gewachsen als der Kapitalertrag, bis etwa in den 80er Jahren die nominale Umkehr und in den 90er Jahren auch die reale Umkehr erfolgte. Geht diese Entwicklung uneingeschränkt weiter, würde etwa 2017 der Kapitalertrag das gesamte BIP beanspruchen. Konnten in den ersten Jahrzehnten die Staats- und Sozialausgaben ständig wachsen, mussten anschließend diese Ausgaben kontinuierlich zurückgenommen werden.

Oberhalb des Schnittpunktes müsste vom Arbeitnehmer Geld entrichtet werden, wenn er arbeiten wollte. Dies ist zum Teil schon der Fall, indem der Arbeitnehmer die Weiterbildung immer häufiger selbst finanzieren muss. Auch die Gebühren für das Studium, das von der Rentenversicherung als Arbeitszeit gewertet wird, müssen in manchen Bundesländern bereits aus eigener Tasche finanziert werden.

Dem Einwand, die Kapitalerträge dienten der Investition in die betriebliche Infrastruktur, muss entgegnet werden, dass nicht nur der Staat, sondern auch das Individuum Produktionsleistungen erbringen muss. Entscheidend ist, dass immer größere Teile des BIP von privater Hand der Gesellschaft entzogen werden und diese offensichtlich massiv verelendet.

39. Das fatale Wachstum der Kapitalerträge: Die exponentielle Funktion wächst zunächst langsamer als die lineare Funktion um sie aber dann im Wachstum zu überholen und einem 2. Schnittpunkt zuzueilen. Das Verhältnis der jeweiligen Werte ist im ersten Jahr 1:10, nach 10 Jahren 1:4, nach etwa 25 Jahren etwa 1:1, nach 50 Jahren 11:1, nach Jahren 30:1 und erreicht nach etwa 35 Jahren schließlich absolut das Wirtschaftswachstum, allerdings ein fiktiver Schnittpunkt, der nicht erreicht wird, weil vorher bereits wegen der zusammengebrochenen Kaufkraft auch das BIP kollabiert ist.

40. 2. Armuts-, Reichtumsbericht der Bundesregierung: Er beruht leider nur auf dem Mikrozensus einer **Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS)**², die alle Bürger nicht erfasst, die mehr als 17.500 Euro pro Monat einnehmen. Die Werte von 1993 wurden in der Zeichnung auf Null gesetzt. Unter der Schwarz-Gelb-Regierung von Kohl haben sich zwar die unteren 30% der Bevölkerung zunehmend verschuldet, die Gruppen darüber hatten aber durchgehend einen ansteigenden Vermögensverwalter. Unter der Rot-Grün-Regierung von Schröder haben sich die unteren 30% weiter verschuldet, die mittleren 40% der Bevölkerung hatten aber – abzüglich der Inflationsrate – eher einen Verlust als einen Vermögenszuwachs. Die gesamte „Sparquote“ ist bei den obersten 30% der Bevölkerung gelandet. Diese

² Statistisches Bundesamt: Die EVS liefert keine Angaben für Haushalte mit einem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen von 18 000 Euro und mehr, da diese in der Regel nicht in so ausreichender Zahl an der Erhebung teilnehmen, dass gesicherte Aussagen über ihre Lebensverhältnisse getroffen werden können. (http://www.destatis.de/presse/deutsch/abisz/einkommens_verbrauchsstichprobe.htm)

Sparquote dann über die Gesamtbevölkerung zu mitteln und von Angstsparen zu sprechen, ist eine Verhöhnung der Bürger.

41. Graphische Darstellung des Armuts-, Reichtumsbericht der Bundesregierung

42. Privatvermögen: Oberhalb von EVS fängt der eigentliche Reichtum erst an. Hier schlummern noch einmal etwa 3 Billionen Euro. Die Darstellung umfasst nur 5 Mio. Euro. Um im gleichen Maßstab eine Milliarde darzustellen, ist eine 200 mal höhere Kurve erforderlich. Aldis 20 Mrd. Euro ergeben dann eine 4000 mal höhere Kurve, die nur noch auf einem Papier von Kirchturmhöhe dargestellt werden könnte.

43. Gabriele Herbert: Markt und Staat: Polanyi lehnt ... nicht den Markt schlechthin ab und ist weit davon entfernt, den Staat in der Rolle des idealen Organisators der sozialen und gesellschaftlichen Dienstleistungen sehen zu wollen, wie das in der Antiglobalisierungs-bewegung zunehmend der Fall zu sein scheint. Der Staat hat sich wahrhaftig nicht als besonders effizient erwiesen, weder in seiner stalinistischen noch in seiner sozialdemokratischen Erscheinungsweise.

44. Nationalstaaten: Die modernen bürgerlichen Nationalstaaten als potentielles Gegengewicht zum Kapitalismus (miss-)zuverstehen und nicht als sein integraler Bestandteil, verweist auf ein Staatsverständnis, das im Nationalstaat eine an sich neutrale Instanz sieht, derer sich alle gleichermaßen bedienen können, um ihre Interessen zu verwirklichen. (*Aus BUKO-Kritik an Attac, 2000*)

45. Hans Tietmeyer, Präsident der Deutschen Bundesbank, in Davos 1996: „Ich habe bisweilen den Eindruck, dass sich die meisten Politiker immer noch nicht darüber im Klaren sind, wie sehr sie bereits heute unter der Kontrolle der Finanzmärkte stehen und sogar von ihnen beherrscht werden.“

46. Ausbeutungsinstrumentarien:

47. Arbeitsentgelt: Löhne und Gehälter, Renten und Pensionen entsprechen deutlich erkennbar dem Status und der Ausbildung des Lohn- oder Gehaltsempfängers. Die unteren 30% der Lohn- und Gehaltsgruppen sind nicht in der Lage, Rücklagen bzw. Eigentum zu bilden. Selbst bei den mittleren 40% wird dies zunehmend schwieriger. Die „Sparquote“ betrifft nahezu vollständig nur die obersten 30% der Haushalte, die mehr oder weniger leistungslosen Kassen ohne Bedarf.

48. Lohnnebenkosten: Die Lohnnebenkosten sind sowohl nach der Lohnsteuerverordnung als auch dem Entwurf einer Europäischen Verfassung Bestandteil des Arbeitsentgelts des Arbeitnehmers und insofern keine Zusatzkosten des Arbeitgebers.

49. Steuern: Die Lohnsteuerbelastung stieg von 1960 bis 2003 im Mittel von 6,3% auf 18,8% die Belastung auf Gewinn- und Vermögenseinkommen sank dagegen von 20% auf 5,7%. Somit entwickelte sich die Steuerlastverteilung in Deutschland bezüglich der Lohnsteuerpflichtigen von 11,8% 1960 auf 32,8% 2002, während sie bei den Einkommensteuerpflichtigen im gleichen Zeitraum von 31,1% 1960 auf 1,7% 2002 fiel. Zusätzlich verschärft sich diese Situation durch die indirekten Steuern (Mehrwert-, Umsatz-, Mineralöl-, Tabak-, Branntwein-, Kaffee-, Stromsteuer). Mit der Lohnsteuer zusammen hatten die abhängig Erwerbstätigen 1960 nur 37,5%, aber im Jahr 2002 bereits 79,2% der Staatsfinanzen zu tragen, während die Beteiligung der Gewinn- und Vermögenseinkommen an den Staatsfinanzen in diesem Zeitraum von 34,7% auf 12,2% sank [Schäfer 2004].

50. Sozialversicherungen: Der Sozialstaat wurde falsch konstruiert. Die Sozialversicherungen wurden – entgegen den Vorstellungen von Wilfried Schreiber, dem Urheber des Umlageverfahrens, das eigentlich den deutschen Sozialstaat prägen sollte und alle Erwerbstätigen, also auch Freiberufler und Selbstständige aller Art einbeziehen sollte - mit Versicherungspflichtgrenzen und Beitragsbemessungsgrenzen versehen, die Einkommensschwache eindeutig benachteiligen. Zudem sollten nach Schreiber auch Kinder zwingend Teil des Drei-Generationen-Vertrags sein, das heißt, neben der Rentenkasse war auch eine Kinderkasse vorgesehen, doch Adenauer strich als 80-jähriger die Kinderkasse mit der flapsigen Bemerkung: „Kin der kriegen die Leute immer“ (Spiegel 12/2004).

Jetzt gibt es sogar Zuzahlungen, die die Einkommensschwachen zusätzlich stärker treffen. Kopfpauschalen verschärfen diese Situation noch weiter [Borchert 2005]. Die Spitzenbelastung der Beiträge zu den Sozialversicherungen beträgt 42% des Bruttolohns bzw. etwa 35,4% des Arbeitnehmerentgelts. Insgesamt wurde die Beitragsbelastung der Bruttolöhne im Mittel von 9,4% 1960 auf 16,3% 2003 angehoben, während die Belastung der Gewinn- und Vermögenseinkommen nur von 3,0% 1960 auf 3,3% 2003 stieg [Schäfer 2004].

51. Zinsen: Die deutschen Unternehmen sind im Mittel 3 mal höher – über 4 Billionen Euro - verschuldet als der Staat. Die Zinsen für diese Schulden können, wenn sie nicht durch Rationalisierung aufgefangen werden, letztendlich nur in den Verbraucherpreisen landen. Im Mittel über alle Produkte und Dienstleistungen werden deshalb in Deutschland, bezogen auf das insgesamt ausgegebene Geld, mit steigender Tendenz bereits 40% Zinsen bezahlt.

52. Endverbraucherpreise:

53. Miete:

54. **Konsumausgaben:** Deutschland ist bezüglich Wohneigentum mit der Schweiz Schlusslicht in Europa. Der größte Posten der privaten Konsumausgaben sind deshalb mit großem Abstand die Wohnkosten. 2005 waren dies über 305 Mrd. Euro. Das sind 20 % mehr als der Bundeshaushalt und etwa das Doppelte dessen, was uns das Gesundheitswesen kostet. Die Steigerungsrate über die letzten 30 Jahre betrug - wie im Gesundheitswesen, wo von Kostenexplosion gesprochen wird – im Mittel etwa 6,5% pro Jahr. Ein beträchtlicher Teil dieser Kosten wandert in Form von Miete aus den Lohntüten der Besitzlosen in die bereits übervollen Taschen der Besitzenden.

Enthalten sind in diesen Wohnkosten die Heizkosten mit etwa 55 Mrd. Euro und die Wasserkosten mit etwa 28 Mrd. Euro.

55. **Zeitreihe:** Wir können der Tabelle entnehmen, dass 1970 für das Wohnen nur etwa ein Zehntel des heutigen Betrages ausgegeben wurde, das entspricht einer mittleren jährlichen Steigerungsrate von 6,53%³ und zusätzlich dass damals für Nahrungsmittel etc. etwa 50% mehr als für die Miete ausgegeben wurde. Dieses Verhältnis hat sich umgekehrt: Heute wird für die Miete 50% mehr ausgegeben als für die Nahrungsmittel. Man kann natürlich einwenden, dass sie Lebensmittel im Preis weniger angestiegen sind wie die Mieten, andererseits konnte für Nahrungsmittel u.U. nicht mehr ausgegeben werden.

Völlig grotesk sieht es bei Hartz IV aus: Für Miete steht den Hartz IV-Empfängern mehr Geld zur Verfügung als für den gesamten sonstigen Lebensunterhalt. Das heißt, den arbeitslosen Besitzenden wird mehr Geld zugeschoben als den arbeitslosen Besitzlosen zugestanden wird. Die Vermehrung des Geldvermögens hat Vorrang vor dem Lebensunterhalt. Das Alg II soll gekürzt werden, die Mieten dürfen steigen.

Die Eigenheimzulage wurde gestrichen, damit diese Umverteilung auf alle Zeit bestehen bleibt. Zynischer kann sich eine Gesellschaft nicht darstellen.

56. **Sozialstaatsgebot:** Ist der Tatbestand des Verfassungsbruchs bereits erfüllt? Wie könnte eine Abhilfe aussehen? Ist sie ohne Widerstand möglich?

Richtungsstreit wird zum Luxus, wenn bereit die Zeit gekommen ist, die Plätze in den Rettungsbooten zuzuweisen. Doch haben wir überhaupt Rettungsboote? Welche Rettungsmaßnahmen sind möglich?

3 Zum Vergleich: Von den gesetzlichen Krankenversicherungen wurden 1970 14,3 Mrd. Euro ausgegeben, 2005 waren es 143,6 Mrd. Euro. Das entspricht einer ähnlichen mittleren jährlichen Steigerungsrate von 6,82%. Was im Wohnungswesen als völlig normal gehalten wird, im Gesundheitswesen wird von Kostenexplosion gesprochen, obwohl für Mieten mehr als das Doppelte als für Gesundheit ausgegeben wird.

57. Gegenstrategien des Systems (Rettungsboote):

Seitens der Regierenden: Krieg, Osterweiterung, Steigerung der Produktivität und des Wirtschaftswachstums, Verlängerung der Arbeitszeit, Senkung der „Lohnnebenkosten“ und Lohnstückkosten, Erhöhung der Mehrwertsteuer, Vollbeschäftigung (nach R. Kurz ein Begriff aus dem Instrumentarium der Irrenanstalten!).

58. Krieg: Wie in solcher Situation bisher seitens der Kapitaleigner verfahren wurde und was auch künftig zu befürchten ist, wurde in der Kundenzeitschrift »Sparkasse« des deutschen Sparkassenverbandes dargelegt: im Dezember 1988 erschien der Nachdruck eines Artikels, der bereits 1891 in der gleichen Zeitschrift veröffentlicht worden war und aus einem Supplementband zu Meyers Konversationslexikon von 1891 stammte. Dort hieß es: *»Die Ursache für das Sinken des Zinsfußes wird vorzüglich darin gefunden, dass die besonders rentablen Capitalanlagen großen Maßstabes heute erschöpft sind und nur Unternehmungen von geringer Ergiebigkeit übrig bleiben. Die Haupteisenbahnen sind ausgebaut, die Telegraphenlinien gezogen, die Industrie ist mit Dampfmaschinen versehen. So spricht denn alles dafür, dass wir noch einem weiteren Sinken des Zinsfußes entgegensehen. Nur ein allgemeiner europäischer Krieg könnte dieser Entwicklung Halt gebieten durch die ungeheure Capitalzerstörung, welche er bedeutet.«* [nach Creutz 2001, S. 505/6].

59. Konstanter Arbeitsertrag: Bei linearem Wirtschaftswachstum sollte auch der Kapitalertrag konstant wachsen. Damit könnte der Arbeitsertrag wenigstens auf gleichem Niveau gehalten werden.

60. Kapitalertrag gleich Arbeitsertrag: Wenn sich überhaupt Eigentum ohne eigene Arbeit vermehren soll, wäre es ein Gebot der Gerechtigkeit, mit dem linearen Wirtschaftswachstum nicht nur den Kapitalertrag sondern auch den Arbeitsertrag in gleicher Höhe linear wachsen zu lassen.

Auch die Umwelt verlangt das Nullwachstum der Wirtschaft, was bedeutet, dass auch die Kapitalerträge mit Nullwachstum belegt sind.

61. Nullwachstum: Der Mensch will nicht, dass durch die Produktion von unsinnigsten Luxusgütern Mensch und Natur zugrunde geht. Er will nicht Profite, sondern saubere Luft, sauberes Wasser, gesunde Lebensmittel, erholsame Landschaften etc..

Es muss die Frage erlaubt sein, ob nicht bei einem BIP von über 2 Billionen Euro die Reproduktion Deutschlands gewährleistet ist und ein weiteres Wirtschaftswachstum überflüssig ist. Arbeits- und der Kapitalertrag müssten dann allerdings auch auf konstantem Niveau eingefroren werden. Innovation und Produktivitätssteigerung würden zur Verkürzung der Arbeitszeit genutzt werden können.

62. Aristoteles 2: Wohin soll jemand bei einem globalisierten Markt verbannt werden?
Soll man ihn auf den Mond schießen?

63. Ahlener Programm der CDU (1947): Dieses Programm könnte ein Kompromissangebot der CDU in der Verhandlung mit den Alliierten, die eine komplette Enteignung vorhatten, gewesen sein und wurde sofort zurückgezogen, als diese Enteignung vom Tisch war. Heute ist es der CDU jedenfalls peinlich, wenn sie auf dieses Programm angesprochen wird.

64. Google: im Oktober 2004, bei der Suche zum Gegenstück der Profitmaximierung, der Profitminimierung, fragte Google zurück: „Meinten Sie Profitmaximierung?“ weil zum Begriff Profitminimierung nur drei irrelevante Dokumente gefunden worden waren.

65. Gegenstrategien der Bürger:

66. Verfassungsklage: Selbst an Hartz IV lässt sich die Ungleichheit der Behandlung von Kapital- und Arbeitsertrag demonstrieren. Für die Reproduktion der Arbeitskraft werden 345 Euro gewährt, während die Reproduktion von Wohnraum mit 360 Euro honoriert wird.

67. Grundeinkommen:

Fragen:

- Besteht die Möglichkeit, ein einheitliches Konzept des Grundeinkommens quer über alle Parteien und Interessengruppen durchzusetzen?
- Welches Konzept hat politisch die größten Chancen?
- Auf welcher Ebene soll das Grundeinkommen angelegt sein: national, europäisch oder global?
- Was geschieht mit Asylanten?
- Gibt es eine Krankenversicherung?
- Wie sieht das Übergangskonzept aus?
- Beruht die Berechnung der Finanzierung durch Pelzer nur auf der Summe der Löhne und Gehälter und wird hier nur die EVS zugrundegelegt oder sind alle Bürger auch die jenseits dieses EVS einbezogen?
- Soll mit dem Grundeinkommen das leistungslose Einkommen auf höchster Ebene legitimiert werden?

Auf Industriearbeitsplätzen werden Menschen im Kapitalismus nur eingestellt, wenn mit ihnen eine Rendite von mindestens 10% herauspringt. Über allem lagert das globalisierte Finanzkapital, das nur dahin fließt, wo der Profit am höchsten ist. Konzepte in diesem System haben nur eine Chance, wenn sie auf dem Weltmarkt attraktiv sind.

150 Jahre Arbeitskampf haben Minijobs, 'Ich-AG' und Hartz-IV nicht verhindert. Mit welchen Instrumenten soll ein existenzsicherndes bedingungsloses Grundeinkommen gesellschaftlich durchgesetzt werden? Während zur Sicherung der Löhne relativ mächtige Gewerkschaften zur Verfügung stehen, existieren zur Durchsetzung des Grundeinkommens nur lockere Proteststrukturen.

Ein existenzsicherndes Grundeinkommen sollte nicht unter 1500 Euro pro Monat liegen. Das sind für alle Bürger der Bundesrepublik etwa 1,5 Bio. Euro, also 75% des BIP. Dieses Geld müsste in voller Höhe durch den Staat eingetrieben und verteilt werden. Abgesehen vom bürokratischen Aufwand ist fraglich, ob er dabei auf seine üblichen „Verschiebebahnhöfe“ verzichten kann.

Selbst ein Grundeinkommen von nur 800 Euro pro Monat würde bei 5%iger Verzinsung der Schenkung eines Vermögens von 200.000 Euro entsprechen. Bei einer dem Wirtschaftswachstum entsprechenden Verzinsung von etwa 3% wären dies 320.000 Euro. Bedingungsloses Grundeinkommen entspricht also einer Übertragung eines Privatvermögens von 200.000 bzw. 320.000 Euro, dessen Verzinsung es dann ermöglicht, monatlich 800 Euro abzuheben.

Jedes leistungslose Einkommen landet in den Preisen der Produkte, die die Gesellschaft herstellt. Wenn also die Hälfte des BIP verschenkt wird, werden die Produktpreise doppelt so teuer werden müssen. Korrekterweise will Götz Werner die Mehrwertsteuer ja auch auf 50% erhöhen.

Durch das Grundeinkommen sollen viele überflüssige Tätigkeiten wegfallen. Das würde die Höhe des BIP und damit auch die Höhe des Grundeinkommens u.U. wesentlich beeinträchtigen.

Über den Erfolg von Konzepten entscheidet die Rentabilität auf dem globalen (profitmaximierenden) Markt.

Es besteht die Gefahr, dass mit dem Grundeinkommen eine Versorgungsmentalität entsteht. Die Regie des Systems über den Menschen wird nicht infragegestellt. Auch die leistungslose Vermehrung des Eigentums dürfte bestehen bleiben.

Zur Finanzierung: Durch die Verschuldung der Unternehmen, die dreimal höher ist als die des Staates, käme zur im Mittel 40%igen Zinsbelastung der Preise noch eine 50%ige Mehrwertsteuer hinzu, sodass der Wert jedes Produkts im Mittel nur noch 10% des Preises ausmacht. Wie wird die Entschuldung der Unternehmen vor der Einführung des Grundeinkommens vorgenommen?

Die Profitmaximierung des globalen Marktes, das zentrale Übel des Kapitalismus

wird allenfalls indirekt angetastet. Da der kapitalistische Prozess nicht zwangsläufig gestoppt wird, würde das Wirtschaftswachstum bestehen bleiben bzw. forciert werden. Aus Gründen des Umweltschutzes werden aber Strategien benötigt, die zu einer Profitminimierung führen.

Bei der zusätzlichen Tätigkeit ist unklar, wer die Entscheidung trifft, welche Tätigkeiten durch die Gesellschaft finanziert werden.

- 68. Regiogeld:** Wie der Graphik zu entnommen werden kann, ist der zinsbedingte Anteil des Geldvermögens vergleichsweise gering. Regiogeld hat – wie das Beispiel der Gemeinde Wörgl zeigt, nur einen Sinn, wenn eine Gemeinde der Herausgeber ist, denn es besteht auf beiden Seiten, wie die Historie zeigt, die große Gefahr des Betruges. Auf der Verbraucherseite die Fälschung und auf der Herausgeberseite die Gefahr des Klaus der Betriebskasse. Dieses Dilemma hat bereits 1896 zu einem generellen Verbot von Wertscheinsystemen geführt.
- 69. Robert Kurz** zeigt sehr anschaulich den Weg auf, den auch die ersten Konsumgenossenschaften beschritten haben.
- 70. Die Regie über die Produktion** muss der muss der Verbraucher übernehmen.
- 71. Entökonomisierung der Gesellschaft:** In den letzten 50 Jahren haben die kleinen und großen Profiteure die besitzlosen Bürger an den Rand der Gesellschaft gedrängt. Die Konsumenten erobern sich den Markt über Kooperativen zurück, bauen ein Solidarkapital auf und drängen dabei die konkurrierenden Profiteure aus dem ökonomischen Geschehen der Gesellschaft schrittweise heraus.
- 72. Positive Ökonomie:** Die dritte Säule der Arbeiterbewegung existierte bereits über 60 Jahre, als die Arbeiterschützorganisationen endlich auf einem internationalen Kongress der Sozialisten und Gewerkschaften 1910 in Kopenhagen die Vorteile der wirtschaftlichen Selbsthilfe für die Lohnabhängigen diskutierten und beschlossen, für sie auch auf nationaler Ebene einzutreten. Noch im selben Jahr beschloss die SPD auf ihrem nationalen Parteitag, die bereits 18 Jahre bestehende Auflage an ihre Mitglieder zurückzunehmen, Genossenschaftsgründungen mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln zu verhindern und auch nicht Mitglied einer Genossenschaft zu werden.
- 73. Gustav Landauer 1:** Landauer war Ende des 19. und Anfang des 20. Jahrhunderts einer der führenden Theoretiker und Aktivisten des Anarchismus in Deutschland. Er vertrat unter Einfluss Peter Kropotkins den kommunistischen Anarchismus und war Pazifist.

Landauer kritisiert den Marxismus in "Aufruf zum Sozialismus" folgendermaßen: "Hier geht es darum, darauf hinzuweisen, dass die einseitige Betonung der Lohnfrage von Seiten der Arbeiter und ihrer Gewerkschaften im Zusammenhang steht mit der falschen Auffassung des Mehrwerts von Seiten der Marxisten. Wir haben früher gesehen wie Lohn und Preis sich gegenseitig bedingen; wir haben jetzt darauf verwiesen, dass die Auffassung ganz verkehrt ist, nach der der sogenannte Mehrwert ein absolute Größe wäre, die beim Unternehmertum entstünde und von da in die andern Kapitalistenkategorien abflösse."

Die Wahrheit besteht für Landauer darin, dass all und jeglicher Profit der Arbeit entzogen wird. Es gibt an und für sich keine Produktivität des Eigentums und keine Produktivität des Kapitals, sondern nur eine Produktivität der Arbeit.

74. Gustav Landauer 2: Landauer konnte sein Konzept des aktiven Generalstreiks nicht mehr umsetzen, da er **nach der gewaltsamen Niederschlagung der Münchner Räterepublik, in der er den Posten des Beauftragten für Volksaufklärung innehatte, durch Reichswehr und Freikorpsverbände am 1. Mai 1919 in München verhaftet und einen Tag später im Zuchthaus Stadelheim ermordet wurde.**

75. Kommunistisches Manifest: 1844, 4 Jahre vor Veröffentlichung des KM, wurde in Rochdale, England, bereits die erste Genossenschaft gegründet. 1 Jahr später die erste deutsche.

76. Internationaler Sozialisten- und Gewerkschaftskongress in Kopenhagen:

77. Ursprüngliche Genossenschaftstypen:

Victor Aimé Huber propagierte den ersten genossenschaftlichen Wohnungsbau für Arbeiter.

Eduard Pfeiffer propagierte und gründete Wohnungs- und Konsumgenossenschaften für Arbeiter.

Schulze-Delitzsch, Jurist und Abgeordneter der preußischen Nationalversammlung gründete, abweichend vom Konzept der Rochdaler Pioniere, als Gegengewicht gegen die kapitalistische Wirtschaftsordnung verstanden, 1849 die ersten auf Selbsthilfe beruhenden Einkaufsgenossenschaften für Tischler und Schuhmacher, die durch Einrichtung gemeinsamer Einkaufs-, Kredit- und Absatzgenossenschaften für den freien Markt konkurrenzfähiger gemacht werden sollten. Von ihm stammt der Satz: Je mehr der Rausch über die Verheißungen von 1848 verfliegt, desto geneigter wird man, die Sache selbsttätig in die Hand zu nehmen. Es gibt Systeme und Pläne genug, ganz neue Welten fertig in den Köpfen der Denker. Schade nur, daß die Brücke fehlt,

welche vom Boden der nackten Wirklichkeit zu ihnen hinüberführt.

Friedrich Wilhelm Raiffeisen entwickelte den Genossenschaftsgedanken für landwirtschaftliche Betriebe.

Ferdinand Lasalle, der Gründer der heutigen SPD, favorisierte allerdings - wie Marx und Engels und auch die SPD insgesamt - abweichend vom Konzept der Verbrauchergenossenschaften immer die Gründung von Produktivgenossenschaften. Sollte der Genossenschaftsgedanke damit bewusst diversifiziert werden?

Beispiel für Wohnungsgenossenschaften: Der Berliner Senat hat 2004 für 2 Milliarden Euro 65.000 GSW-Wohnungen an den amerikanischen Rentenfonds Cerberus verkauft. Das sind etwa 30.000 Euro pro Wohneinheit.

Wenn diese Wohnungen den Mietern zum Kauf angeboten worden wären, hätte selbst ein Harz IV-Empfänger mit seinen 360 Euro Wohngeld pro Monat (2/3 Schuldendienst, 1/3 **Betriebskosten**, Renovierung, Instandhaltung) diese Summe bei 5%-iger Verzinsung nach spätestens 15 Jahren getilgt. Nach dieser Zeit hätte der Senat dann die Wohngeldzahlungen um 2/3 reduzieren und damit Steuergelder sparen können. So aber fließt dieses Geld jetzt in amerikanische Rentenkassen und ist für Bürger und ihre Stadt für immer verloren. Hat der Souverän seine Stellvertreter, die Politiker, nicht ausreichend im Griff?

Nach der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts über finanzielle Nothilfen für Berlin ist wohl trotz aller Proteste der Verkauf der restlichen 277.000 Wohnungen vorgesehen und zwar zu 5 Milliarden Euro, das sind pro Wohneinheit nur 18.000 Euro.

78. Zusätzliche Genossenschaftstypen: In der Begeisterung, die die ersten Erfolg von Verbrauchergenossenschaften hatten, und wegen der Fixierung auf die Arbeit und den Arbeitnehmer wurden in weiteren Bereichen Genossenschaften gegründet, die allerdings das Identitätsprinzip als wichtigstes genossenschaftliches Prinzip nicht mehr erfüllten. Es darf nicht verkannt werden, dass sie hierarchischen Gebilde wie Staat, Parteien und Gewerkschaften kein großes Interesse hatten, in Form der Genossenschaften allzu viele autonome horizontale Strukturen entstehen zu lassen. Sie haben mit diversen Strategien versucht, die Entwicklung der Verbrauchergenossenschaften zu diversifizieren, ja sogar ver- und zu behindern.

79. Genossenschaftsstruktur

80. Genossenschaftsprinzipien:

Sie wurden aus der Arbeit der Rochdaler Pioniere abgeleitet, gesetzlich

festgeschrieben und zu einer weltweit weitgehend kompatiblen Organisationsform ausgebaut. [Mersmann]

Das Identitätsprinzip besagt, dass in Genossenschaften z.B. der Mieter über Wohnungsbauvereine oder -genossenschaften zum (kollektiven) Vermieter, der Konsument über Konsumvereine oder -genossenschaften zum (kollektiven) Krämer/Händler/Produzent, der Schuldner /Kreditnehmer über Genossenschaftsbanken sein eigener (kollektiver) Gläubiger/Kreditgeber wird.

Ungeachtet dessen haben sie sich – insbesondere in der Weimarer Republik - sehr stark entfaltet und waren dem damaligen internationalen Finanzkapital ein wachsender Dorn im Auge.

Da die Verbrauchergenossenschaften als „Dritte Säule der Arbeiterbewegung“ ebenfalls sehr erfolgreich und für den Bürger bedeutsam waren, wurden sie auch von staatlicher Seite sehr argwöhnisch beäugt und tendenziell behindert.

Die Bürger lernen in Genossenschaften, sich mit der Ökonomie ihrer Reproduktion zu befassen. Sie lernen volkswirtschaftlich zu denken. In den Führungsetagen staatlicher Betriebe landen oft Personen, die die Stufe ihrer Inkompetenz in der Partei bereits erreicht hatten und als Quereinsteiger in der Regel grenzenlos überfordert sind.

Die Genossenschaften sind bekannt für Innovation: der erster Selbstbedienungsladen und ein erstes electronic banking, Trinkwasseraufbereitung etc. wurden von Genossenschaften initiiert.

81. Besonderheit der Konsumgenossenschaften:

82. Oppenheimer' shes transformationsgesetz:

83. Produktivgenossenschaften:

84. Bodo Zeuner:

85. Everling:

86. Heselbach:

87. Wohnungsgenossenschaften:

88. Lasalle:

89. Konsumgenossenschaften:

90. Cecosesola in Barquisimeto, Venezuela:

91. Genossenschaftsbanken:

92. Einkaufsgenossenschaften:

93. Wassergenossenschaften:

94. Lenin: missbraucht möglicherweise bewusst Genossenschaften um die Landwirtschaft verstaatlichen zu können.

95. Genossenschaften und das Dritte Reich.

96. BRD-Genossenschaften: Obwohl die Parteien in Deutschland insgesamt mit schwindender Tendenz maximal noch 1,5 Mio. Mitglieder haben, und die Gewerkschaften desgleichen noch über etwa 7 Mio. Mitglieder verfügen, wachsen die Genossenschaften trotz aller Behinderungen sowohl im Westen wie im Osten insgeheim über die Jahrzehnte kontinuierlich und verfügen jetzt bereits über 22 Mio. Mitglieder. Ob es sich bei den Konsumgenossenschaften um Haushalte oder Einzelmitgliedschaften handelt, bleibt offen.

Bemerkenswert ist, dass die von den Arbeiterschützorganisationen, SPD und Gewerkschaften, immer wieder und ausschließlich propagierten Produktivgenossenschaften statistisch keine Rolle spielen.

97. EU-Genossenschaften: Etwa ein Drittel der europäischen Bürger sind Genossenschaftsmitglieder, wobei auch hier nicht ersichtlich ist, ob es sich um Einzelmitgliedschaften oder Haushalte handelt. In der Regel ist aber pro Haushalt – zumindest bei Konsum- und Wohnungsgenossenschaften – immer nur eine Person Mitglied in der entsprechenden Genossenschaft.

98. Genossenschaften weltweit:

99. Novellierung des Genossenschaftsgesetzes:

100. Profitminimierung: Dem zentralen Prozess, der Profitmaximierung, muss eine sehr gezielte Strategie entgegengestellt werden, die man zunächst nur unscharf als Profitminimierung bezeichnen kann.

In erster Linie geht es darum, konsequent die Profiteure aus der Produktions-/Reproduktionskette zu verdrängen. Die Organisationsform muss so gewählt werden, dass die Aufnahme von Fremdkapital nicht zur Pflicht gemacht werden kann.

101.Bevölkerungspyramide: Seit 1880 ist das Verhältnis von Beschäftigten zu noch oder nicht mehr Beschäftigten weitgehend konstant $2/3$ zu $1/3$ geblieben. Früher waren es mehr Kinder, heute sind es mehr Ältere. Um diese Verteilung aufrechtzuerhalten, muss nur das obere oder das untere Ende der Beschäftigungszeit verlängert oder verkürzt werden.